Umstrittene Neubauten

Duell der Eilanträge: Streit um Unterkünfte für Geflüchtete in Pankow eskaliert

Pankow. Im Konflikt um neue Geflüchtetenunterkünfte will die Gesobau durchgreifen. Anwohner sind entsetzt. Am Freitag wurde bekannt: Beide Seiten haben Eilanträge gestellt.

Von Laura Wagener, Bezirksreporterin Pankow 23.01.2026, 15:30 Uhr

Anwohner nahe des Schlossparks Schöhausen wollen das Vorhaben der Gesobau verhindern. Sie haben sich in der Bürgerinitiative Grüner Kiez Pankow zusammengetan. © FUNKE Foto Services | Maurizio Gambarini

Der Streit um zwei geplante Unterkünfte für Geflüchtete in Pankow heizt sich immer weiter auf. Erst stoppte ein Gerichtsbeschluss das Bauprojekt am Schlosspark Schönhausen. Jetzt scheint die Gesobau als Bauherrin trotzdem Nägel mit Köpfen machen zu wollen. Man wolle noch „vor Ende dieser Fällperiode“ mit den Baumfällungen beginnen, um Platz für die Neubauten zu schaffen. Gegner des Vorhabens warfen der Gesobau zunächst vor, geltendes Recht zu ignorieren, das Unternehmen sieht sich befugt. Mittlerweile liegen dem Verwaltungsgericht von beiden Seiten Eilanträge vor – doch dazu später mehr.

Konflikt um Geflüchtetenwohnungen in Pankow: Warum gibt es Streit?

Seit Jahren schon kämpfen zwei Interessenlager gegeneinander. Auf der einen Seite: eine von Naturschützern unterstützte Bürgerinitiative. Sie will verhindern, dass ihre Grünflächen und Bäume zwischen Ossietzky- und Kavalierstraße den Neubauten zum Opfer fallen. Denn die beiden Gebäude sollen mitten in zwei Innenhöfen entstehen. Auf der anderen Seite: die Gesobau.

Mit Bannern wehren sich Anwohner und Naturschützer gegen die geplanten Baumfällungen in ihrem Innenhof. © FUNKE Foto Services | Maurizio Gambarini

Die Zusammenfassung des wendungsreichen Konflikts: Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft will 99 Wohnungen für 422 Menschen in den Höfen bauen. Mindestens 57 Bäume müssen dafür fallen. Genehmigungen zum Bauen und Fällen liegen vor. Letztes Ass im Ärmel der Anwohnenden und Naturschützer: artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen. Werden die nicht erteilt, dürfen die Bäume nicht gefällt werden, so die bisherige Auffassung der Baugegner.
Die Gesobau jedoch erachtet diese Genehmigungen nicht als notwendig. Man vertrete auf Basis des Beschlusses des Verwaltungsgerichts vom 14. November „die Rechtsauffassung, dass eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung nicht erforderlich ist", heißt es auf Morgenpost-Anfrage. Noch vor dem 1. März will die Gesobau fällen. An dem Stichtag nämlich beginnt offiziell die Brut- und Vogelschutzzeit. Fällungen sind dann erst wieder ab Oktober zulässig.

Bezirksamt widerspricht Gesobau: Keine Baumfällungen ohne Ausnahmebescheid

Der Beschluss des Gerichts kann aber auch anders ausgelegt werden. Nach Einschätzung des Bezirksamts ist weiterhin ein Antrag auf artenschutzrechtliche Ausnahme erforderlich, betont ein Sprecher gegenüber der Redaktion. Das Verwaltungsgericht habe aus bezirklicher Sicht lediglich darauf verwiesen, dass der letzte, mittlerweile vom Bezirksamt zurückgenommene Bescheid nicht ausreichend bestimmt gewesen sei. Ein neuer Antrag seitens der Gesobau sei erforderlich und bisher nicht erfolgt.

Im Fokus des Streits um zwei Unterkünfte für Geflüchtete stehen der Natur- und Artenschutz und die umstrittene Fällung von Bäumen. © FUNKE Foto Services | Maurizio Gambarini

Naturschützer vom BUND verschickten am Donnerstag eine Mitteilung. Man sei „entsetzt" über die Ankündigung „widerrechtlicher Baumfällungen". „Zudem stellt sich die Frage, wie die Gesobau die Maßnahmen durchsetzen will, da sich Anwohner, der Bezirk Pankow und vermutlich auch die Polizei dazwischenstellen werden." Man sei weiterhin bereit, Gespräche über Alternativen zu führen. Ein konkreter Vorschlag sieht kleinere Bauten und deutlich weniger Baumfällungen vor.
Rückendeckung bekamen die Baugegner von der Bundestagsabgeordneten Julia Schneider (Grüne). „Die Gesobau muss von der Fällung der Bäume Abstand nehmen, bis die Rechtslage geklärt ist. Sind die Bäume einmal gefällt, sind sie nicht wiederherzustellen."

SPD-Bausenator Gaebler stellt sich gegen Koalitionslinie

Auch die Gesobau hat einen prominenten Unterstützer: Erst am Montag befürwortete Bausenator Christian Gaebler (SPD) im Bauausschuss den Bau der 99 Wohnungen. „Ich glaube, fast alle Fraktionen in diesem Haus sind sich einig, dass man mehr Wohnungen – und vor allem bezahlbare Wohnungen – braucht", so

Gaebler. Das Bezirksamt Pankow kritisierte er scharf, bezeichnet dessen Handeln als „verwaltungsrechtlich fehlerhaft" und „verschleppend".
„Was ist mit der Erklärung der rot-schwarzen Koalition?", fragt Britta Krehl von der Bürgerinitiative. „Die Regierung macht sich komplett unglaubwürdig, wenn sie das Bauvorhaben weiter durchzieht."

Christian Gaebler (SPD) ist Bausenator von Berlin. Er unterstützt den Bau der Unterkünfte für Geflüchtete. © FUNKE Foto Services | Maurizio Gambarini

Krehl spielt damit auf eine Einigung der Koalition im Abgeordnetenhaus an. Erst im November hatten sich SPD und CDU darauf geeinigt, vorerst keine Geflüchtetenunterkünfte in Berlin zu bauen. Einzige Ausnahmen: drei geplante Projekte in Tempelhof, Tegel und Hasenheide. Mit seiner Unterstützung des Gesobau-Projekts widerspricht Gaebler, so scheint es, der Koalitionslinie.
Die Senatsverwaltung erklärt dies auf Morgenpost-Anfrage damit, dass in der KavalierstraBe „weit mehr als eine reine Geflüchtetenunterkunft" gebaut werde. Vielmehr handele es sich um „reguläre Wohnungen, gebaut für Menschen mit Fluchtgeschichte".

Sollte es zu den Fällungen kommen, ist mit Widerstand zu rechnen

Am späten Donnerstagabend schlieBlich kursierte das Gerücht, die Gewobag wolle schon am Freitagmorgen ab 6 Uhr zum Bäume fällen anrücken. Anwohnende warteten in der Kälte, bereit, die Baumfällungen zu verhindern. Doch nichts geschah. „Wir werden auch die kommenden Tage vor Ort sein", so Krehl zur Morgenpost – ehe eine Sprecherin des Verwaltungsgerichts der Redaktion mitteilte, dass am späten Donnerstagabend zwei artenschutzrechtliche Eilanträge eingegangen sind.

Gesobau will Eil-Entscheidung nicht abwarten müssen

Die Gesobau hat beantragt, mit den Baumfällungen beginnen zu dürfen – trotz der Anordnung des Bezirksamts, dass ohne spezielle Ausnahme nach Artenschutzrecht keine Bäume entfernt werden dürfen. Zusätzlich will die

Gesobau per Zwischenverfügung erwirken, dass sie die Eil-Entscheidung des Gerichts gar nicht erst abwarten muss. Und beruft sich auf die vorliegenden Bau- und Fällgenehmigungen.

Der zweite Eilantrag wurde von den Naturschutzverbänden gestellt. Sie wollen, dass das Gericht das Bezirksamt per Eilbeschluss verpflichtet, wenn nötig aktiv durchzugreifen, damit keine Fällungen stattfinden. Per sofortiger Zwischenverfügung soll der Gesobau zudem bis zur Entscheidung im Eilverfahren – die nicht vor Februar zu erwarten ist – das Entfernen von Bäumen und Sträuchern ohne Artenschutz-Ausnahme untersagt werden.